Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

14. Januar 2020

Revision der Verordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VBVV); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 27. September 2019 eingeladen, zur Revision der Verordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VBVV) eine Stellungnahme abzugeben. Wir lassen uns wie folgt vernehmen:

Insgesamt befürworten wir die geplanten Änderungen. Die neuen Vorschriften erscheinen einfacher und praxistauglicher als die bisherigen Bestimmungen. Gleichwohl erlauben wir uns die nachfolgende Anmerkung:

Zur Klarstellung, dass bewilligungsbedürftige Geschäfte nicht gleichzusetzen sind mit Geschäften, zu welchen die KESB ihre Zustimmung erteilen muss, macht die begriffliche Unterscheidung von Zustimmung nach Art. 416 f. ZGB und von Bewilligung nach VBVV durchaus Sinn. Die Erläuterungen zu Art. 4 VBVV sind jedoch bezüglich Rechtsnatur der Bewilligung unklar. Zuerst wird ausgeführt, bei der Bewilligung handle es sich lediglich um einen aufsichtsrechtlichen Akt, welcher nicht das Aussenverhältnis, sondern nur das Innenverhältnis betreffe. Folglich komme das betroffene Rechtsgeschäft ohnehin zustande. Daraus müsste die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es sich bei der Bewilligung nach VBVV somit nicht um einen beschwerdefähigen Entscheid nach Art. 450 ZGB handelt. Dazu im Widerspruch steht allerdings die Aussage in den Erläuterungen, dass die betroffene Person über die Bewilligung "in jedem Fall" zu informieren sei, "damit diese die Eröffnung eines mit einem Rechtsmittel ausgestatteten formellen Entscheids verlangen kann", fehlt es doch mangels Aussenwirkung an einem Rechtsschutzinteresse an der Änderung oder Aufhebung der Bewilligung. Nach dem Gesagten sind wir der Auffassung, dass betreffend Art. 4 VBVV noch geklärt werden muss, wie die Bewilligung nach VBVV rechtlich einzuordnen ist.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Brigit Wyss
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber